



WZB

Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte
und gesellschaftliche Integration (AKI)

Impressum

AKI-Newsletter
ISSN 1613-1355

Herausgeber: PD Dr. Karen Schönwälder,
Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte
und gesellschaftliche Integration (AKI)
(verantwortl.)

Redaktion: Janina Söhn, Karen Schönwälder,
Nadine Schmid, Ines Michalowski

AKI
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
Telefon 030- 254 91-352
Telefax 030- 254 91-308
E-Mail: aki@wz-berlin.de
Internet: www.aki.wz-berlin.de

Der AKI-Newsletter erscheint dreimal im Jahr.
Bestellungen bitte an die oben angegebene Adresse.
Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck. Um
Übersendung eines Beleg-Exemplars wird gebeten.

Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher
Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die
Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten
Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verant-
wortlich.

Gestaltung:ognito Berlin

GEFÖRDEBT VOM



Wie Lehrer, Schüler und Lerngruppen Bildungs- chancen beeinflussen: AKI-Forschungsbilanz 5 stellt psychologische Forschung vor

Dass Kinder und Jugendliche aus Einwandererfamilien schlechtere Bildungschancen haben, ist mittlerweile allgemein bekannt. Ebenso breit anerkannt ist die zentrale Bedeutung deutscher Sprachkompetenzen für Bildungs- und Arbeitsmarktchancen. Alleine auf den Spracherwerb aber sollten sich weder Ursachenanalyse noch Interventionsprogramme verlassen. Die neue, fünfte AKI-Forschungsbilanz richtet den Blick auf einige weitere Faktoren, die Bildungschancen beeinflussen.

Im Mittelpunkt der von der Sozialpsychologin Janet Schofield verfassten Analyse stehen die Phänomene des Stereotype Threat und der Erwartungseffekte sowie die Auswirkungen einer Zusammenstellung von Lerngruppen nach Leistung. Damit werden die SchülerInnen, die LehrerInnen und institutionelle Strukturen des Bildungssystems in den Blick genommen. Für alle drei Schwerpunktthemen gilt, dass auf Basis einer Sichtung und Bewertung der internationalen Forschung, gesicherte Erkenntnisse präsentiert werden können, die unterstreichen, dass diese Bereiche für schulische Leistungen und für Leistungsunterschiede zwischen Schülergruppen relevant sind. Manches, was bislang eher als Annahme in der deutschen Diskussion kursierte, so Professor Rainer Lehmann von der Berliner Humboldt-Universität bei einer Veranstaltung am WZB, erhält durch die Forschungsbilanz wissenschaftliche Substanz. Typisch für die hier ausgewertete psychologische Forschung ist, dass sie sehr genau Wirkungsmechanismen ansieht, also fragt, wie z. B. die Existenz negativer Stereotype und die Leistungen von SchülerInnen kausal zusammenhängen könnten.

Negative Stereotype, die die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe mit geringen intellektuellen Fähigkeiten in Verbindung bringen, können die schulischen Leistungen und die Schulkarrieren von SchülerInnen, die einen Migrationshintergrund haben, sowohl kurz- als auch langfristig erheblich beeinträchtigen. Konkret ist über die Einstellungen deutscher LehrerInnen zu unterschiedlichen Schülergruppen kaum etwas bekannt. Entscheidend aber ist, dass die SchülerInnen glauben, negative Voreinstellungen ihrer Gruppe gegenüber existierten, sie also z.B. überzeugt sind, dass ihre Lehrer es Kindern aus türkeistämmigen Familien nicht zutrauen, einen guten Aufsatz zu schreiben. Die Angst davor, dass die eigenen Leistungen auf Basis solcher negativer Stereotype über die eigene Gruppe beurteilt und deshalb für unzulänglich befunden werden könnten („Stereotype Threat“), kann dazu führen, dass tatsächlich die intellektuelle Leistungsfähigkeit vermindert wird. Langfristig reagieren SchülerInnen unter Umständen mit einer verringerten Bildungsmotivation. Dabei ist es fatal, dass gerade diejenigen, denen das Unterrichtsfach oder Bildung generell besonders am Herzen liegt, besonders empfindlich reagieren.

LehrerInnen beeinflussen durch die Erwartungen, die sie hinsichtlich der Potentiale und Leistungen ihrer SchülerInnen haben, deren tatsächliche Bildungsentwicklung. Häufig trauen sie SchülerInnen aus unteren sozialen Schichten, aus eingewanderten Familien oder ethnischen Minderheiten weniger zu. Gleichzeitig scheinen diese SchülerInnen – ebenso wie jüngere SchülerInnen und Neulinge in einer Klasse – besonders sensibel für Lehrererwartungen zu sein. Aus diesem Grund ist es sehr wahrscheinlich, dass Erwartungseffekte zu den unterschiedlichen Bildungschancen von mehr und weniger privilegierten SchülerInnen beitragen. In Deutschland könnten Erwartungseffekte darüber hinaus besonders schwerwiegende Konsequenzen haben, da Kinder relativ früh, also in einem Alter, in dem Erwartungseffekte besonders stark wirken, auf die unterschiedlichen Schultypen der Sekundarstufe aufgeteilt werden.

In mehrererlei Hinsicht können Strukturen des Schulsystems problematische Auswirkungen haben. Nennenswerte Forschungsergebnisse verweisen darauf, dass gerade die Leistungsdifferenzierung mit unterschiedlichen Lehrplänen dazu führt, dass die mit schwächeren Leistungen startenden SchülerInnen ihre Potentiale nicht optimal ausschöpfen.

Nicht ganz so eindeutig ist die Evidenz für andere Formen der Leistungsgruppierung. Ein Hauptfaktor, der das Lernen in homogenen Gruppen leistungsschwächerer SchülerInnen beeinträchtigt, sind die weniger anspruchsvollen Lehrinhalte. Aus diesem Grund lernen zumindest einige der SchülerInnen in den niedrigeren Schulzweigen weniger, als sie in einer heterogeneren Lernumgebung lernen könnten. Darüber hinaus können sowohl das Lehrerverhalten als auch die sozialen Prozesse in Klassen der unteren Schulzweige den Kompetenzerwerb der Einzelnen negativ beeinflussen.

Generell sind die Existenz der Effekte und die ihnen zugrunde liegenden Prozesse häufiger untersucht worden als Interventionen, die diesen entgegenwirken könnten. Dennoch kann Professor Schofield auch über Maßnahmen zur Angleichung von Bildungschancen interessante Erkenntnisse präsentieren. Wie auch das hier beiliegende Memorandum der AKI hervorhebt, spricht viel dafür, sehr ernsthaft über Reformen des deutschen Schulsystems nachzudenken. Dabei ist eine gemeinsame Schule allerdings

- Janet Ward Schofield et al., Migrationshintergrund, Minderheitenzugehörigkeit und Bildungserfolg. Forschungsergebnisse der pädagogischen, Entwicklungs- und Sozialpsychologie, AKI-Forschungsbilanz 5, Berlin 2006
- Janet Ward Schofield et al., Migration Background, Minority-Group Membership and Academic Achievement. Research Evidence from Social, Educational, and Developmental Psychology, AKI Research Review 5, Berlin 2006

Vierseitige Kurzfassungen in deutscher und englischer Sprache finden Sie ebenso wie die Forschungsbilanzen auf unserer Website; gedruckte Exemplare können bei der AKI bestellt werden.

kein Patentrezept. Immer wieder betont die Forschungsbilanz, dass es darauf ankommt, Formen zu finden, in denen Kinder in heterogenen Lerngruppen voneinander profitieren, gleichermaßen gefordert werden und die jeweils notwendige Förderung erhalten. Werden Reformen richtig konzipiert und durchgeführt, muss nach dem vorliegenden Kenntnisstand eine gemeinsame Unterrichtung in sozial, ethnisch und bezüglich der Ausgangsleistungen heterogenen Klassen nicht zum Nachteil der leistungsstarken SchülerInnen sein.

Neben den ‚großen‘, immer auch politisch umstrittenen institutionellen Reformen werden aber auch kleinere Interventionsschritte angesprochen: die Stärkung des Selbstbewusstseins der SchülerInnen die Förderung eines Lehrerverhaltens, das – ungeachtet der Einstellungen der Lehrer – allen SchülerInnen gleichermaßen hohe Erwartungen vermittelt, Formen des kooperativen Lernens oder die Beschäftigung von LehrerInnen, die durch ihren persönlichen Hintergrund vorführen, dass auch, wer aus einer Migrantenfamilie kommt, Abitur machen und studieren kann. ■ ■ ■

Wer sind und was wollen die TeilnehmerInnen von Integrationskursen?

Die Bedürfnisse und Erwartungen der TeilnehmerInnen von Integrationskursen wurden in einer gerade veröffentlichten repräsentativen Befragung der Forschungsabteilung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erhoben. Dabei zeigte sich, dass spezielle Frauensprachkurse wenig gefragt sind.

Die Befragung von 1304 KursteilnehmerInnen, liefert partielle Einblicke etwa in die Qualifikationsstruktur der legal und dauerhaft nach Deutschland einreisenden Personen. Interessant sind solche Informationen vor allem, da das Einwanderungsland Deutschland ansonsten über seine neu angekommenen Zuwanderer fast nichts weiß. So erhebt die Studie über Angaben zu Geschlecht, Altersstruktur und Herkunftsland hinaus etwa Informationen zu den Sprachkenntnissen der befragten KursteilnehmerInnen vor Beginn des Kurses. Immerhin gut ein Viertel aller Befragten gaben an, bereits vor der Einreise Deutschkenntnisse gehabt zu haben, Frauen etwas häufiger (28%) als Männer (23%).

Die Hälfte der Befragten waren „Neuzuwanderer“, also erst maximal 2 Jahre in Deutschland. Neuzuwanderer berichteten häufiger (37%) von Deutschkenntnissen vor der Einreise als bereits länger in Deutschland lebende AusländerInnen (14%). Diese Differenz ist wohl darauf zurückzuführen, dass unter Ersteren Spätaussiedler sind und deren Familienangehörige seit Januar 2005 einen obligatorischen Sprachtest vor der Einreise ablegen müssen. Demnach gaben etwa ein Viertel der Staatsangehörigen der GUS-Länder, aus denen die Familienangehörigen von Spätaussiedlern kommen, an, bereits Deutschkenntnisse gehabt zu haben. Unter den befragten türkischen TeilnehmerInnen waren dies 11%. Diese Angaben sind allerdings nur beschränkt aussagekräftig, da es sich zum einen um eine Selbsteinschätzung der Deutschkenntnisse handelt und zum anderen lediglich pauschal gefragt wurde, ob „Deutschkenntnissen vor der Einreise“ vorlagen oder nicht.

Die TeilnehmerInnen besuchten durchschnittlich zehn Jahre lang eine Schule und 81% können einen Schulabschluss vorweisen. Geschlechterunterschiede gibt es nicht, doch haben Neuzuwanderer deutlich häufiger einen Schulabschluss (86%) als bereits länger in Deutschland lebende Ausländer (75%). Auch verfügen Migranten aus den GUS-Ländern signifikant häufiger über einen Schulabschluss (92%) als Zuwanderer aus der Türkei (68%). Nur 38% der Befragten gaben an, dass ihre Schulabschlüsse in Deutschland anerkannt seien.

Themen, die die TeilnehmerInnen von Integrationskursen besonders gerne in den Kursen besprechen würden, sind die Arbeitsplatzsuche (82%), Gesundheit und Ernährung (75%) und Wohnen (72%). So ist es auch nicht erstaunlich, dass mehr als drei Viertel der Befragten nach dem Besuch des Integrationskurses „weitere Sprachkenntnisse erwerben“, „einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz finden“ und „Kontakte zu Deutschen finden“ wollen. Junge TeilnehmerInnen planen besonders häufig, nach dem Kurs ein Studium zu beginnen (48%), und überdurchschnittlich viele muslimische Frauen erhoffen sich durch den Kurs mehr Kontakte zu Deutschen (82% im Vergleich zu 75% bei nicht-muslimischen Frauen).

Die Befragung hat auch gezeigt, dass der Bedarf an speziellen Integrationskursen für Frauen äußerst gering ist, obwohl mit 56% über die Hälfte aller befragten TeilnehmerInnen Frauen waren. Nur 10% der Frauen und 11% der muslimischen Frauen sprachen sich für einen nach Geschlechtern getrennten Kurs aus. An speziell auf Frauen zugeschnittenen Inhalten hatten sogar noch weniger Frauen Interesse. Letztendlich wünscht sich ein Großteil der (muslimischen und nicht-muslimischen) Frauen lediglich eine Teilnahme am allgemeinen Integrationskurs, der mit 91% aller KursteilnehmerInnen im Jahr 2005 auch deutlich stärker angenommen wird als spezielle Eltern- bzw. Frauenkurse (5,3% aller Teilnehmenden). Damit wurde die Notwendigkeit spezieller Frauenkurse von politischer Seite offensichtlich falsch eingeschätzt.

Sonja Haug/Frijhof Zerger (2006), Integrationskurse – Erste Erfahrungen und Erkenntnisse einer Teilnehmerbefragung. Nürnberg. Die Studie ist zu finden unter: www.bamf.de

Vgl. auch die AKI-Forschungsbilanz 3 von Karen Schönwälder, Janina Söhn und Ines Michalowski: Sprach- und Integrationskurse für MigrantInnen: Erkenntnisse über ihre Wirkungen aus den Niederlanden, Schweden und Deutschland, Berlin 2005. ■ ■ ■

Lebenslagen und Einstellungen junger MigrantInnen

Seit einigen Wochen liegen detaillierte Ergebnisse des dritten Jugendsurveys des Deutschen Instituts für Jugendforschung (DJI) vor – einer repräsentativen Befragung der 12- bis 29-Jährigen über deren „Lebensverhältnisse, Werte und gesellschaftliche Beteiligung“. Nachdem das DJI 1997 erstmals auch ausländische Jugendliche untersucht hatte, wurden nun MigrantInnen der ersten und zweiten Generation, zum Teil mit deutscher Staatsbürgerschaft, einbezogen (vgl. bereits AKI-Newsletter Nr. 5). Diese stellen mit 22% einen bedeutenden Anteil an dieser Altersgruppe in der Bundesrepublik, so dass deren Einbeziehung in die normale Sozial-

berichterstattung nur folgerichtig ist. In den meisten Kapiteln der Buchveröffentlichung werden die Ergebnisse auch nach Migrationshintergrund als einem der zentralen demographischen Merkmale ausgewiesen.

Ähnlich wie die 1997 untersuchten ausländischen Befragten der wichtigsten Anwerbeländer weist 2003 die nun größere Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund, zu der auch (Spät-) AussiedlerInnen gehören, Besonderheiten etwa im Hinblick auf die stärker ausgeprägte Religiosität und Familienorientierung auf. Junge Erwachsene, die nicht mehr bei ihren Eltern wohnen, berichten etwa von deutlich engeren und besseren Beziehungen zu ihren Eltern als Befragte ohne Migrationshintergrund. Bei selbst zugewanderten jungen Frauen nehmen Kinder und Familie auch in der tatsächlichen Lebensführung einen hohen Stellenwert ein: Ein Viertel von ihnen ist Hausfrau oder befindet sich in Elternzeit (im Gegensatz zu 13% der weiblichen Befragten insgesamt). Inwieweit solche Lebenssituationen auf kulturelle Präferenzen oder aber – angesichts durchschnittlich geringerer Bildungsabschlüsse – auf objektive Restriktionen in Ausbildung und Beruf zurückzuführen sind, bleibt in den DJI-Analysen offen.

Den Zusammenhang von geringerer schulischer Qualifikation (und der Zugehörigkeit zur ersten Zuwanderergeneration) auf der einen und anderen Aspekten der Integration auf der anderen Seite unterstreichen die DJI-WissenschaftlerInnen mehrfach: Wer eine höhere (Aus-)Bildung durchlaufen hat, spricht häufiger in der Familie und im Freundeskreis Deutsch. Auch für das festgestellte unterdurchschnittliche Engagement von jungen MigrantInnen in Politik und Zivilgesellschaft ist primär die geringere Bildung ausschlaggebend – dieser Zusammenhang ist auch für Einheimische typisch. Detaillierte Spezialauswertungen dieses Datensatzes, der ab Ende des Jahres auch beim Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung (ZA) verfügbar sein wird, werden hoffentlich auf diesen ersten allgemeinen Überblick folgen.

M. Gille, S. Sardei-Biermann, W. Gaiser, J. de Rijke. Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Wiesbaden 2006. ■ ■ ■

Islam und Muslime in Europa

Über die Einstellungen muslimischer Kopftuchträgerinnen wird viel debattiert, doch liegen kaum empirische Erkenntnisse zu diesem Thema vor. Eine für die Konrad-Adenauer-Stiftung durchgeführte Studie hat nun 315 muslimische türkeistämmige Kopftuchträgerinnen in Deutschland über ihre Einstellungen zur individuellen Lebensgestaltung und zur Religion befragt. Da eine repräsentative Stichprobenziehung unter dieser Gruppe von Frauen nicht möglich ist,

wurden sie über Moscheengemeinden kontaktiert, wobei es zu einer Verzerrung der Stichprobe zu Gunsten höher gebildeter Frauen gekommen ist (43% haben Abitur bzw. eine Hochschule besucht). Offenbar rekrutierten die oft studierenden Interviewerinnen auch in ihrem Bekanntenkreis, detaillierte Ausführungen zur Methode werden allerdings nicht gemacht, auch exakte Fragestellungen nicht abgedruckt.

Die Studie, die auf explizite Bezüge zur wissenschaftlichen Literatur verzichtet und teils befremdliche Annahmen und Wertungen enthält, liefert dennoch einige – mit Vorsicht zu interpretierende – Einblicke in die Lebenswelten Kopftuch tragender Muslima. Entgegen verbreiteten Annahmen haben der Bruder oder der Ehemann der hier befragten Frauen meist keine „Rolle bei der Entscheidung für ein Kopftuch“ gespielt. Auch ist der Anteil der Frauen, die in ihrer Entscheidung für ein Kopftuch durch den Vater beeinflusst wurden, mit 26% recht gering, wohingegen die Mutter in 40% aller Fälle eine Rolle gespielt hat.

Teilweise schwer zu interpretieren, sind die Antworten auf religionsbezogene Fragen, bei denen etwa 52% der Befragten angeben, dass Islam und Christentum „die gleichen Werte“ vertreten, allerdings auch 87% der Ansicht sind „die islamische Religion ist der christlichen Religion überlegen“. Ein Vergleich mit den Einschätzungen der Anhänger anderer Religionen wäre hier erhellend. In den Einstellungen hinsichtlich der eigenen Lebensziele zeigt sich, dass für 45% der befragten Frauen die eigene Berufstätigkeit ein „sehr wichtiges Lebensziel“ ist. Auch sind 81% der Befragten der Ansicht „In einer Ehe soll es bei dem, was der Mann oder die Frau für Haushalt und Familie tun, keine prinzipiellen Unterschiede geben“.

Die Studie kann über die Konrad-Adenauer Stiftung bezogen werden.

* * *

Mit der Frage nach der „Normalität“ muslimischer Frauen beschäftigt sich auch eines der Teilprojekte des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung für den Zeitraum von drei Jahren geförderten Verbundprojekts „Muslime in Europa und ihre Herkunftsgesellschaften in Asien und Afrika im Vergleich“. Das Teilprojekt „Vorboten eines ‚Euro-Islam‘? Muslimische Frauen in der islamischen Gemeinschaft Milli Görüs“ der Europa-Universität Viadrina untersucht religiös argumentierende Geschlechterdiskurse in dieser türkisch-islamischen Organisation. Die gemeinsame Klammer der insgesamt sechs recht unterschiedlichen Teilprojekte ist es zu untersuchen, wie, vor dem Hintergrund der Herkunftsländer, muslimische Religiosität in Europa gelebt wird.

Die an verschiedenen Universitäten durchgeführten Teilprojekte werden durch das Zentrum Moderner Orient in Berlin koordiniert. Nähere Informationen unter: www.zmo.de/muslime_in_europa ■ ■ ■

AKI-Projekte

Siedlungsstrukturen und Integration

Die im Sommer veröffentlichten ersten Ergebnisse der AKI-Forschungen zu Siedlungsstrukturen von MigrantInnen in Deutschland haben großes Interesse gefunden. Die „Frankfurter Rundschau“ dokumentierte einen Artikel von Karen Schönwälder aus den WZB-Mitteilungen. Die Veröffentlichung umfassender Arbeiten zu diesem Thema durch die AKI verzögert sich noch etwas. Auf unserer Website können Sie sich jeweils über neue Veröffentlichungen informieren.

www.wz-berlin.de/publikation/mitteilungen113.de.htm ■ ■ ■

AKI-Konferenz im April 2007

Am 13. und 14. April 2007 veranstaltet die AKI eine Konferenz zu „Herausforderungen an die Integrationsforschung und -politik“. Gegenstand werden zwei Themen sein: Am ersten Tag wollen wir, anknüpfend an AKI-Arbeiten zur Bildungsbenachteiligung, die Übergänge in die Schule und von der Schule in den Arbeitsmarkt in den Blick nehmen. Der zweite Tag wird dann dem Thema politische Partizipation gewidmet sein. Wir wollen damit eine stärkere Beschäftigung mit MigrantInnen als politischen Akteuren und mit ihrer Beteiligung an unterschiedlichsten Formen politischer Aktivität anregen. Dabei werden ForscherInnen aus u. a. den USA, Frankreich und den Niederlanden ihre Erkenntnisse vorstellen. Nähere Informationen finden Sie demnächst auf unseren Internetseiten. ■ ■ ■

Diskriminierung in der Schule

Welche Indizien für eine Diskriminierung von SchülerInnen ausländischer Herkunft in deutschen Schulen hat die soziologische Forschung bislang identifiziert? In einem WZB Discussion Paper erörtert Cornelia Kristen (Universität Leipzig) die vorliegenden empirischen Daten. Sie vertritt eine gegenüber Diskriminierungsthese skeptische Position und argumentiert, dass nach den vorliegenden quantitativen Daten auch SchülerInnen mit Migrationshintergrund im Wesentlichen ihren Leistungen entsprechend benotet und eingestuft werden.

Cornelia Kristen (2006): Ethnische Diskriminierung im deutschen Schulsystem? Theoretische Überlegungen und empirische Ergebnisse. WZB Discussion Paper IV 2006-601, Berlin. ■ ■ ■